

Familienzerfall – Preis des individuellen Wohlstands

Die kulturelle Revolution des späten 20. Jahrhunderts könnte man also am besten als den Triumph des Individuums über die Gesellschaft betrachten. Alle Fäden, die die Menschen in der Vergangenheit in das soziale Netz eingeflochten hatten, waren durchtrennt worden. Die materiellen Folgen der sich auflösenden Familienbande waren möglicherweise noch schwerwiegender. Denn die Familie war ja nicht nur das, was sie schon immer gewesen war – nämlich ein Mittel zur eigenen Reproduktion –, sondern außerdem eine Vorkehrung für soziale Kooperation. (...) Die flutartige Ausbreitung von Wohlstand über die Bewohner aller bevorzugten Regionen der Welt, unterstützt noch von den immer umfassenderen und großzügigeren staatlichen Sozialversicherungssystemen, schien den Schutt des sozialen Auflösungsprozesses beiseite zu räumen. (...) Renten, Sozialleistungen und am Ende auch Pflegeheim nahmen sich der isolierten Alten an, deren Söhne und Töchter sich nicht mehr um ihre dahinsiechenden Eltern kümmern konnten oder wollten. (...) Die Last der Verantwortung für Kleinkinder wurde von den Müttern auf staatliche Krippen und Kindergärten verlagert, was die Sozialisten ja schon immer für lohnarbeitende Frauen gefordert hatten. (...)

Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme – Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 1995, S. 420-426.

Nachricht der Woche 28/29-2009

Alleinerziehende und Kinderarmut – Grenzen des „adult-worker“- Modells

In praktisch allen Industrieländern ist – bedingt durch die Zunahme von Scheidungen und Trennungen – der Anteil von Kindern, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, stark gestiegen. In all diesen Ländern leben Ein-Eltern-Familien wesentlich häufiger in relativer, am Durchschnitt des jeweiligen Landes gemessener, Einkommensarmut (1). Zwischen der Verbreitung von Ein-Eltern-Familien einerseits und Kinderarmut andererseits besteht daher, wie die Analyse von OECD-Daten zeigt, ein signifikanter Zusammenhang: In Ländern wie Großbritannien oder Neuseeland, in denen besonders viele Kinder mit nur einem Elternteil aufwachsen, ist auch der Anteil von in Armut lebenden Kindern größer (2) – trotz des insgesamt gewachsenen Wohlstands in den letzten Jahrzehnten. Selbst bei einer Vollzeitberufstätigkeit, ist es für Alleinerziehende schwieriger, ein Durchschnittseinkommen zu erzielen als für Haushalte, in denen (potentiell) zwei Personen einem Erwerb nachgehen können (3).

Die gestiegene Müttererwerbstätigkeit verschärft dieses Problem: Denn in dem Maße wie die 1,5-Verdiener-Familie (Mann Vollzeit/Frau in Teilzeit) oder sogar das Doppelverdienerpaaar (beide Partner Vollzeit) zur gesellschaftlichen Norm werden, wird es für Alleinerziehende noch schwieriger, mit der Wohlstandsentwicklung mithalten. Nicht bloß relative, sondern absolute materielle Nachteile im Vergleich zu Paarhaushalten erleiden Ein-Eltern-Familien durch die nach einer Trennung notwendig werdende doppelte Haushaltsführung (zwei Wohnungen, zwei Telefonschlüsse etc.): Getrennt lebende Paare benötigen, um denselben Lebensstandard aufrecht zu erhalten, hierfür jährlich mindestens 10.000 Euro mehr als zusammenlebende Paare (4).

Auch vor diesem Hintergrund stellt die Lebenssituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern für moderne Wohlfahrtsstaaten eine wachsende Herausforderung dar. Dies zeigt besonders eindrücklich das Beispiel Großbritannien: Ein zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen von „New Labour“ war es seit 1997, die Armut von Kindern, insbesondere der von Alleinerziehenden, zu bekämpfen: Durch den Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie berufliche Beratung und Qualifizierung sollte die Erwerbsquote von Alleinerziehenden erhöht und damit ihre Armutsgefährdung verringert werden. Darüber hinaus wurden

Alleinerziehenden spezielle Transfers, wie ein im Vergleich zu Paarhaushalten erhöhtes Kindergeld, gewährt. Gleichzeitig individualisierte die Labour-Regierung die Ehebesteuerung durch die schrittweise Abschaffung der „Married Couples` Allowance“ (5). Das war ganz im Sinne des von der OECD und der EU immer wieder geforderten Abbaus angeblicher Steuer-Privilegien für Einverdienerehen. So wurde und wird der finanzielle Druck auf Familien mit einer „traditionellen“ Arbeitsteilung zwischen den Ehepartnern erhöht.

Das traditionelle Vorbild für eine solche am Leitbild des Doppelverdienerpaares („adult worker“-Modell) orientierte Politik ist Schweden: Die Institution der Ehe wird hier als reine Privatsache angesehen – im Sozial- und Steuerrecht spielt sie seit den 70er Jahren keine Rolle mehr. Eine umfassende Kinderbetreuungsinfrastruktur ermöglicht die Erwerbstätigkeit von Müttern auch kleiner Kinder (6). Trotzdem sind sie auch im „adult-worker“- Land Schweden eine ökonomisch besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppe. Vielen von ihnen ist es kaum möglich, durch Ersparnisse Vorsorge zu betreiben – Wirtschaftskrisen treffen sie deshalb besonders hart (7). Trotz der auf die „Erwerbsaktivierung“ von Müttern abzielenden Politik von New Labour verharret die Armut von Kindern insgesamt und besonders von Alleinerziehenden in Großbritannien auf einem im europäischen Vergleich besonders hohem Niveau (8). Im Blick auf die Häufigkeit von Ein-Eltern-Familien ist dies kaum verwunderlich: Etwa ein Viertel aller Kinder in Großbritannien wächst mit nur einem Elternteil auf (9).

Die Beispiele Großbritannien und Schweden verdeutlichen: Die materiellen Nachteile für Kinder, die sich aus der Zunahme von Ein-Eltern-Familien ergeben, lassen sich mit einer Sozialpolitik im Sinne des individualistischen „adult-worker-Modells“ letztlich nicht lösen. Möglicherweise begünstigt sie eher bindungsaverse Verhaltensweisen als dass sie die familiären Bande stärkt, die letztlich entscheidend dazu beitragen, Kinder vor Armut zu schützen.

(1) In den EU-25-Ländern ist das Armutsrisiko für Kinder in Alleinerziehendenhaushalten zweimal so hoch wie die Armutsgefährdungsquote aller Kinder. Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Dossier Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende, erstellt durch: Prognos AG, Basel-Berlin März 2009, S. 53.

(2) Vgl.: Michael Fertig/Markus Tamm: Kinderarmut in reichen Ländern, S. 18-23, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26/2006, Juni 2006, S. 12.

(3) In einer Analyse zur Einkommensentwicklung in Deutschland seit den 80er Jahren kam das Bonner Institut für Wirtschaft und Gesellschaft zu dem Ergebnis, „die relative und absolute Zunahme einkommensschwacher Kinder ohne Migrationshintergrund ist fast ausschließlich auf die Zunahme von Kindern in alleinerziehenden Familien zurückzuführen“. Siehe: Meinhard Miegel et al: Von Verlierern und Gewinnern - Die Einkommensentwicklung ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Deutschland, Bonn 2008, S. 66. Nun ist die Zunahme von Ein-Eltern-Familien sicher nicht die einzige Ursache für relative Kinderarmut in Wohlstandsgesellschaften – weitere Faktoren wie etwa gestiegene Arbeitslosigkeitsrisiken können eine wichtige Rolle spielen. Dass das Auseinanderbrechen von Familien eine zentrale Ursache für die ökonomische Benachteiligung von Kindern trotz steigenden Wohlstands ist, steht aber außer Frage.

(4) Siehe Meinhard Miegel et al, op. cit. S. 59-60. Zur Wohnsituation nach Trennung und Scheidung vgl.: Hans-Jürgen Andreß et al: Wenn aus Liebe rote Zahlen werden. Über die wirtschaftlichen Folgen von Trennung und Scheidung, Wiesbaden 2003, S. 91-115.

(5) Vgl.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit, Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik (Siebter Familienbericht) – Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin 2006, S. 51-52.

(6) Zur Kinderbetreuungs politik in Schweden: Sonja Dörfler: Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden, Österreichisches Institut für Familienforschung – Working Paper Nr. 57, Wien 2007, S. 38-42.

(7) Die Liquidität von Haushalten wird in Schweden mit Hilfe der sog. Barmarge erfasst. Dies ist ein vom schwedischen Sozialamt festgelegter Betrag, den ein Haushalt innerhalb einer Woche besorgen können muss, um als finanziell flexibel zu gelten. Der Anteil von Alleinerziehenden, die über eine solche Barmarge verfügten, hat während der ersten fünf Jahre dieses Jahrhunderts von 50% auf 41% abgenommen. Von der Wirtschaftskrise in den 90er Jahren waren Alleinerziehende in besonderem Maße betroffen – die Verbesserung ihrer Lage im folgenden Aufschwung blieb vergleichsweise bescheiden. Vgl.: Joakim Palme et. al.: Das Ende der Gleichheit? Der schwedische Wohlfahrtsstaat nach der Krise, S. 46-61, in: WSI Mitteilungen – Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler- Stiftung, 1/2009, S. 48.

(8) Siehe hierzu: <http://www.i-daf.org/50-0-Woche-23-2008.html>.

(9) Siehe Abbildung unten: „Anteil der Kinder in Alleinerziehendenhaushalten“.